

Kleine Anfrage

Veranstaltungskalender von «Tourismus.li»

Frage von Landtagsabgeordnete Manuela Haldner-Schierscher

Antwort von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni

Frage vom 04. September 2024

Die Webseite «Tourismus.li» von Liechtenstein Marketing ist nicht nur für Touristinnen und Touristen aus aller Welt informativ und praktisch. Insbesondere der Veranstaltungskalender auf der Webseite ist für Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins und der Region ein praktisches Tool. Nicht nur, um sich über aktuelle Events zu informieren, sondern auch, um eigene Veranstaltungen über die Plattform zu bewerben.

Nach einer einmaligen Registrierung kann man seinen Anlass unkompliziert im Veranstaltungskalender eintragen. Liechtenstein Marketing behält sich das Recht vor, unpassende Veranstaltungen nicht zu publizieren. Aktuell werden zwei Veranstaltungen eines liechtensteinischen Vereins beworben, der zuletzt in die Schlagzeilen geraten war, weil er einen umstrittenen und polarisierenden, rechtspopulistischen Redner eingeladen hatte. Dessen Auftritt wurde von der Regierung abgelehnt mit der Begründung, dass Liechtenstein bestrebt ist, keine Plattform für politische Agitation zu bieten, die die Werte der Demokratie und Toleranz gefährden könnte. Bei den aktuellen Veranstaltungshinweisen dieses Vereins handelt es sich um Vorträge zweier umstrittener Persönlichkeiten, die beide eine Tendenz zu Verschwörungstheorien haben und die in der Kritik stehen, durch ihre Aussagen und Positionen das Vertrauen in wissenschaftliche und politische Institutionen zu untergraben.

- * Welches sind die Kriterien, die Liechtenstein Marketing anwendet, um eine Veranstaltung als unpassend beziehungsweise als passend zu bewerten?
- * Wie steht die Regierung dazu, dass auf einer Webseite mit direktem Bezug zum Land Liechtenstein Vortragsveranstaltungen von Personen beworben werden, die in der Kritik stehen, das Vertrauen in wissenschaftliche und politische Institutionen auf massgebliche Art und Weise zu untergraben?
- * Mit welchen Massnahmen gedenkt die Regierung potenziell Demokratie gefährdenden Inhalten und Narrativen in der Gesellschaft präventiv entgegenzuwirken, damit diese in Liechtenstein nicht salonfähig werden?

Antwort vom 06. September 2024

Zu Frage 1:

Der Veranstaltungskalender übernimmt die Daten aus der Plattform Guidle. Auf dieser Plattform können Veranstalter ihre Anlässe publizieren. Die Redaktion von Guidle prüft die Veranstaltungen auf Inhalt, Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen sowie der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Auf [tourismus.li](https://www.tourismus.li) werden die Veranstaltungen nach entsprechender Freigabe von Guidle nur in Ausnahmefällen, meist wegen inhaltlicher Fehler, gelöscht oder entsprechend angepasst.

Zu Frage 2:

Im Grundsatz gilt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch für Veranstaltungen, die sich kritisch gegenüber unseren Werten und Institutionen äussern. Aus staatlicher Sicht kann die Regierung diese Veranstaltungen nicht verbieten, solange keine konkrete Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht. Gleichwohl sollen die Eigentümer von Veranstaltungsräumen genau prüfen, inwieweit allfällige Reputationsschäden für Liechtenstein mit solchen Veranstaltungen einhergehen können. Die Regierung steht hierzu im Austausch mit den Gemeinden, da oftmals Anfragen zur Nutzung von Räumlichkeiten gestellt werden, die im Eigentum der Gemeinden stehen.

Zu Frage 3:

Neben der Förderung der politischen Bildung, der Information und Transparenz über das staatliche Handeln sowie der Einbindung der Bevölkerung in die demokratische Entscheidungsfindung setzt die Regierung auch Massnahmen im Hinblick auf die Stärkung der Medienkompetenz in den Schulen und Sensibilisierung der Bevölkerung über Kampagnen. Dadurch soll das Vertrauen in den Staat und die öffentlichen Institutionen gestärkt und die gemeinsame Verantwortung für die Entwicklung des Landes gefördert werden. Sofern es in Richtung von strafbaren Handlungen, Aufrufen zur Gewalt oder extremistischen Äusserungen geht, werden diese durch die Landespolizei ermittelt und zur Anzeige gebracht.